

Die AfD 2020

Wie viel Zwist ist erlaubt?

Die AfD 2020 – Wie viel Zwist ist erlaubt?

1 Partei und Parteilickeit

- „Partei“ leitet sich aus dem lateinischen „pars“ = Teil ab.
 - Eine Partei ist damit nichts Ganzes sondern nur ein Teil,
 - ein Teil unter mehreren politischen Gruppen, behandelnd
 - einen Teil unter politisch möglich Wahrnehmbarem,
 - einen Teil unter politisch Thematisierbarem,
 - einen Teil dessen, was unter einem Thema Gesollt sein kann.
- ⇒ Die von Parteien vertretenen sachlichen und ideellen Ziele stellen nur ein Fragment innerhalb der Gänze der politischen Möglichkeiten dar.
- ⇒ Den nach einer Parteigründung vertretenen sachlichen und ideellen Zielen ist nicht zwingend ewiges Sein beschert, sondern sie bedürfen permanenter Bestätigung von wissenden, wollenden, fühlenden und mit einem Gewissen behafteten Mitgliedern der Partei.
- ⇒ Im Gegenzug können/wollen Parteien ihre sachlichen und ideellen Ziele, wofür ihr Name steht, nicht beliebigen Wandlungsprozessen unterwerfen.
- ⇒ Somit ist ein bestimmtes Maß an Kontinuität zu bewahren, um das notwendige Vertrauen zu erhalten.

2 Partei und Umwelt

- Parteien sind Organisationen, umgeben von einer organisatorischen Umwelt.
- Diese besteht aus Wählern, Regeln, anderen Organisationen.
- Werden, Bestehen und Veränderungen einer Partei stehen in Wechselwirkung mit der Umwelt.
- In Demokratien ist jegliches Wohl und Wehe einer Partei von der Zustimmung der Umwelt zu ihr abhängig.
- Eine zentrale Rolle in dem Zustimmungsverhalten spielt das Meinungsbild der Wähler.
- Dieses wird für politische Organisationen mit unterschiedlichen Interessenlagen zum Hauptobjekt.
- Der Ausbau der Vielfalt, die Steigerung der Größe von Organisationen und deren Interaktionen führt zu enormen Machtkonzentrationen.
- Wähler können sich in ihrer politischen Willensbildung dem Einfluss solcher Machtkonzentrationen nicht entziehen.

⇒ Status und Fortbestehen einer Partei unterliegen damit den virulenten Kräfteverhältnissen des Gesamtsystems, bestehend aus Partei und Umwelt

3 Konstituierung der AfD als Partei

Gründung der AfD aus der Kritik gegenüber der bestehenden Währungs- und Staatspolitik heraus:

- Kritik an der Kompetenzverlagerung von den Nationalstaaten zur EU
- Kritik an der Währungsunion auch für ungeeignete Staaten
- Kritik am Schuldenmachen und an dem Abbau jeglicher Eigenverantwortlichkeit
- Kritik an einem überbordenden Aufwuchs von Organisationen zur sozialen Absicherung
- Notwendigkeit von Pflege und Erhalt nationaler Souveränität und Identität als fundamentaler Staatsaufgabe
- Verurteilung der Behauptung, getroffene Maßnahmen zur Vergemeinschaftung von Schulden seien „alternativlos“
- Offenheit gegenüber politischen Lösungskonzepten zeigt sich im „ideologiefreien“ Namen AfD

Erweiterung/Verstärkung der thematischen Eigenständigkeit seit der Gründung

- Eindämmung illegaler Migration
- Verurteilung der Bevormundung der Bürger in Form von Einschränkung von Grundrechten

⇒ Die Gründung der AfD war eine nahezu zwangsläufige Reaktion auf einen ungehemmten Ausbau des Sozialstaates und dessen Erweiterung über die nationalen Grenzen hinaus

4 Der zentrale Konflikt innerhalb der AfD

Der Linksruck innerhalb der Unionsparteien zu Anfang des neuen Jahrhunderts hat:

- Ein Vakuum innerhalb des konservativen Lagers hinterlassen,
- der AfD einen Zulauf aus dem verwaisten Lager beschert und die AfD gestärkt, aber im Gegenzug
- die Stimmungsmache der „Altparteien“ gegen „Rechts“ (dahin wurde die AfD eingestuft) beschleunigt

Auf die permanenten Attacken gegen die AfD reagieren Partei und Mitglieder unterschiedlich

- Zum Ersten mit einem vorwiegend wirtschaftlich orientierten Teil der Partei:
Dieser versucht sich von „Rechts“ zu distanzieren, um des Friedens willen.
- Zum Zweiten mit einem vorwiegend manipulations-resistenten Teil der Partei:
Dieser will sich nicht mit Einschüchterungsversuchen aus der Bahn werfen lassen.

⇒ Die AfD zeigt damit sowohl nach innen als auch nach außen zwei unterschiedliche Reaktionskonzepte

1. Bereitschaft für Zugeständnisse an den politischen Gegner mit der Hoffnung auf Druckminderung
2. Keine Bereitschaft für Zugeständnisse mit dem Hinweis auf das eigene rechtskonforme Verhalten und die Einhaltung demokratischer Regeln, mit der Forderung auf Gegenseitigkeit

5 Konkrete Symptome des Konflikts

Einige Wesentliche Vorfälle bis 2020:

- apr2015: Beschluss der Unvereinbarkeitsliste (UVL),
- jul2015: Austritt von Bernd Lucke aus der AfD,
- jul2016: Spaltung der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg,
- jan2017: „Dresdner Rede“ von Björn Höcke,
- Sep2017: Parteiaustritt von Frauke Petry,
- Dec2018: Entlassung von Doris von Sayn-Wittgenstein aus der AfD-Fraktion in Schleswig-Holstein.

Vorfälle ab 2020

- mar2020: Spaltungsaufruf von Jörg Meuthen: Die AfD solle sich in einen wirtschaftlich-liberalen und einen national-konservativen Teil aufteilen,
- apr2020: Verkündung der Auflösung des „Flügels“ durch Björn Höcke,
- may2020: Der Bundesvorstand der AfD erklärt den Entzug der Parteimitgliedschaft von Andreas Kalbitz mit einem Abstimmungsergebnis von 7 zu 5 Stimmen.

⇒ Ein großer Teil der Mitglieder ist über die jüngsten Beschlüsse der Parteispitze empört. Die interne Kommunikation ist inzwischen von einer Diskussion darüber weitgehend bestimmt, bindet damit Kräfte für die innerparteiliche Auseinandersetzung und entzieht der AfD damit zugleich Ressourcen in der Erfüllung des politischen Auftrags. Seit Anfang des Jahres 2020 ist zudem die Mitgliederzahl der AfD nennenswert gesunken.

6 Was kann sich die AfD erlauben? Was muss sie bewahren, um sich selbst treu zu bleiben?

Credo 1:

- Gegen die Kräfte des „Kampf gegen Rechts“ ist die AfD hoffnungslos unterlegen
- Lehrstück ist das Schicksal der Partei „Die Republikaner“, deren Lebenskraft regelrecht erstickt wurde
- Wenn ganze Teile der Partei vom Verfassungsschutz beobachtet würden, wäre es schon zu spät
- Wir müssen zeigen, dass die AfD aktiv gegen Rechtsextreme in der Partei vorgeht

Credo 2:

- Jedes Zugeständnis an den politischen Gegner wäre ein Eingeständnis des Makels in der AfD
- Der politische Gegner will solange Zugeständnisse erzwingen bis die AfD nicht mehr besteht
- Einige Opfergaben waren, insbesondere in jüngster Vergangenheit, ein Fehler
- Wir bewegen uns auf dem Boden des Rechts in jeder Hinsicht
- Die AfD pocht nicht nur auf die Einhaltung demokratischer Regeln und Vorgehensweisen, sie lebt diese auch innerhalb der Partei
- Die AfD hat sich deshalb nichts Anrüchiges vorzuwerfen

⇒ Der innerparteiliche Konflikt ist im Grunde nicht innerparteilich initiiert.

Er ist der Partei von außen aufgezwungen. Die Mitglieder der AfD sind sich weitgehend einig über Sinn und Notwendigkeit der im Grundsatzprogramm vertretenen politischen Ziele.

Es liegt deshalb insbesondere in den Händen der Parteispitze, auf künftige Angriffe mit Besonnenheit und dem Rückhalt der weit überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder (und jener die es werden wollen) zu reagieren.